



SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS  
ORTSVEREIN BOBENHEIM-ROXHEIM

## DIE FRAKTION

### Haushaltsrede des Fraktionsvorsitzenden der SPD-Gemeinderatsfraktion 2019

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

meine Damen und Herren,

Zu Beginn meiner Rede ein Zitat von Hermann Schmidt-Vockenhausen: „Gemeinden sind der eigentliche Ort der Wahrheit, weil sie der Ort der Wirklichkeit sind.“

Ich möchte die spannendste Frage gleich zu Beginn meiner Ausführungen beantworten: **Ja**. Die SPD Gemeinderatsfraktion stimmt dem Haushaltsentwurf für 2019 zu.

Herr Bürgermeister,

lassen Sie mich zu Beginn des Jahres zunächst einen Rückblick auf das vergangene Jahr 2018 halten.

Ein ereignisreiches Jahr, voller Überraschungen und Herausforderungen, mit denen wohl niemand gerechnet hat, ist zu Ende gegangen.

Die AfD sitzt im Bundestag und mittlerweile in allen Länderparlamenten. Machen wir uns nichts vor, die Alternative für Deutschland ist der parteiförmige Ausdruck eines beständigen und breiten rechten Potentials in Deutschland. Sie verbindet rechte Spektren vom bürgerlich konservativen Milieu bis zur extremen Rechten und ist eine Gefahr auch in den kommunalen Parlamenten, in den sozialen Netzwerken und auf der Straße. Dies ändert nichts an der Tatsache, wenn einige Akteure daher kommen wie der Wolf im Schafspelz, auch wir sollten uns im Gemeinderat gerade im Hinblick auf die Kommunalwahl nicht darüber hinwegtäuschen lassen.

Noch etwas zeigt immer wieder Überraschungen: das Gebaren des amerikanischen Präsidenten Donald Trump. Man kann schon sagen, dass wir uns mittlerweile an seine Stellungnahmen über Twitter, die in vielen Teilen der Welt auf Unverständnis und Unruhe stoßen, gewöhnt haben. Welche negativen Auswirkungen seine Vorstellungen für die amerikanische und weltweite Politik haben, hat sich auch im zweiten Jahr seiner Amtszeit fortgesetzt. Einen Haushaltsstopp wegen der Mauer zu Mexiko zu



provozieren lässt uns nur mit dem Kopf schütteln. Mit dem Ausstieg aus dem Atomwaffensperrvertrag, so sein letzter Gag, der uns Europäern über lange Jahre hinweg Frieden und Sicherheit beschert hat, ist nach seiner Kündigung hinfällig. Hoffentlich ist damit nicht ein Wettrüsten verbunden! Von einem neuen Wettrüsten sind auch wir betroffen, denn es waren bis vor einigen Jahren bei uns in unmittelbarer Nähe Atomwaffen stationiert. Wir lehnen eine Politik und deren Repräsentanten ab, die Friedens- und Abrüstungsverträge kündigen.

Im Hinblick auf die Europawahl müssen wir feststellen, dass das politische Gefüge in Europa instabiler geworden ist.

Nach den Wahlen in einigen Ländern Europas sind mittlerweile Rechtspopulisten an der Macht, ob das Polen, Ungarn, Italien und als letzter Kandidat Österreich ist, die am Zusammenhalt der Europäischen Union aus nationalistischem Egoismus rütteln. Was dies bedeutet erleben wir zurzeit, wenn demokratische Rechte eingeschränkt und Kontrollmechanismen ausgeschaltet werden (Polen). Die Politik der Rechtspopulisten lässt Menschen im Mittelmeer ertrinken – eine Politik, die auf unsere entschlossene Gegnerschaft trifft.

Nach der Diskussion und der Abstimmung im Britischen Parlament, über Brexit oder nicht Brexit, hat sich die interne Welt in Europa auch verschoben. Keiner kann im Moment vorher sagen, wie sich die Situation in England mit all ihren Auswirkungen entwickeln wird. Auf jeden Fall haben sich die Populisten, die das Chaos angerichtet haben, klammheimlich aus der Verantwortung gezogen (Farage, Johnson)

Insoweit ist es wichtig, dass wir alle hier im Gemeinderat im Wahlkampf auf die Wichtigkeit der Europawahl hinweisen und unsere Bürger auffordern, zur Wahl zu gehen, denn Europa bestimmt mittlerweile einen großen Teil unseres Lebens.

Das Problem der Migration spielt nach wie vor an den Stammtischen eine dominierende Rolle. Festzustellen ist, dass wir in unserer Gemeinde die Aufnahme der Migrantinnen und Migranten gut bewältigt haben. Dies liegt daran, dass sich unsere Verwaltungsmitarbeiter/Innen und Bürgerinnen und Bürger in einem sehr hohen Maße auch ehrenamtlich engagiert haben. Ihnen allen gebührt in höchstem Maße Lob und Anerkennung für ihre Unterstützung, die wir auch weiterhin benötigen.

Mit dem Aufgabenübergang der Zuständigkeit von der Kreisverwaltung an die Gemeinde waren wir nach Aussagen des Landrates der Auffassung, dass die Finanzierung gesichert ist. Leider müssen wir heute feststellen, dass wir mit dem Kreis um eine weitere Finanzierung ringen müssen.

Herr Bürgermeister,

meine Damen und Herren,

lassen sie mich nach dem kurzen Ausflug in die aktuelle politische Situation noch einen Rückblick auf das Jahr 2018 für die Gemeinde Bobenheim-Roxheim werfen.

Leider mussten wir uns im letzten Jahr von Jürgen Martin verabschieden, der durch einen tragischen Badeunfall ums Leben gekommen ist.



Das Jahr 2018 war geprägt von vielen Herausforderungen, die eine intensive Arbeit der großen Koalition zur Lösung verlangt hat. Lösungen haben wir in fast allen Fällen mit unserem Koalitionspartner gefunden. Lassen sie mich stellvertretend einige der beachtlichsten Themen, welche wir bearbeitet haben nennen:

- Wie ich schon bei der Verabschiedung des B-Planes „Silbersee“ feststellte: Zitat: „ob wir mit dem B-Planbeschluss den Weg zur Bebauung frei gemacht haben, steht noch nicht fest, denn gegen den B-Plan kann man ja bekanntlich noch klagen“.

Die genannte Situation ist mit der Einreichung der Klage durch den BUND und den NABU eingetreten. Lassen sie mich kurz zu dem Schreiben des BUND vom 12.01.2019 und seiner Vorsitzenden Doris Stubenrauch, das allen Fraktionen zugegangen ist, Stellung beziehen. Wir als Gemeinderäte der SPD und auch die der anderen Fraktionen haben uns bei der Verabschiedung des B-Planes bei unserer Entscheidung an geltendes Recht gehalten. In der Gemeinde ist noch kein Projekt so lange unter der Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger diskutiert und über Gutachten abgesichert worden, wie bei diesem B-Plan. Dass wir nach Abwägung aus wirtschaftlichen Interessen über das geltende Recht entschieden hätten, weisen wir entschieden zurück. Durch unseren Beschluss haben wir die Möglichkeit geschaffen, die am See in großen Teilen vorhandenen Nutzungen zu ordnen. Jetzt kommt es zum Beispiel für unseren WSV nach jahrelangen Diskussionen zu der Situation, dass alle bisherigen Zuschusszusagen obsolet sind und die Standortfrage des Vereins mit Willersinn weiterhin nicht geklärt ist. Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass der WSV endlich Sicherheit und die geplante sinnvolle Ausstattung bekommt. Dies gilt auch für die Nutzung der Natur in friedlichem Miteinander durch unsere Bürgerinnen und Bürger.

- Mit der Rathaussanierung haben wir umweltpolitisch und feuerschutztechnisch die richtigen Schritte auch für die Gesundheit unserer Mitarbeiter/Innen im Rathaus eingeschlagen. Dass dies ein langwieriger und teurer Prozess sein wird, war uns allen klar. Dass die Arbeiten in diesem Jahr abgeschlossen werden können, wollen wir alle hoffen.
- Mit dem Wachsen unserer Bevölkerung, was wir als SPD so wollen, und dem damit verbundenen Zuzug junger Familien und dem daraus verbundenen Steigen der Geburtenzahlen haben wir schnell auf die neue Situation reagiert. Hier geht mein Lob an die Verwaltung für die schnelle Umsetzung, die auch letztendlich einen finanzpolitischen Kraftakt bedeutet hat. So wie es aussieht, können wir im April die neue Kita „Löwenzahn“ einweihen.

Wir wissen, das ist uns allen klar, dass wir einen weiteren Bedarf nach der Einweihung der Kita „Löwenzahn“ an Plätzen haben werden, so dass wir auf die Containerlösung vor dem Rathaus nicht verzichten können.

Der SPD-Fraktion liegt auch die gemeindliche Jugendarbeit besonders am Herzen. Aus diesem Grund haben wir einen Antrag zur Erstellung eines Konzeptes für die gemeindliche Jugendsozialarbeit eingebracht.

Die von der Verwaltung zu unserem Antrag verfasste Stellungnahme befriedigt nicht und geht an der Problemstellung vorbei.

Mit dieser Stellungnahme ist für uns diese Forderung nicht erledigt. Wir erwarten im Sinne unseres Antrages weiter Aktivitäten der Verwaltung.



- Nach der Kündigung des Wirtes in der „Jahnstube“ ging ein jahrelanger Wirtswechsel zu Ende. Wir hatten schon mit unserem Antrag vom 11.12.2007, Drucksache 2008/001, darauf hingewiesen, dass wir das Betreiberkonzept der klassischen Verpachtung als gescheitert angesehen haben. Mit unserem Antrag vom 19.02.2018 wurde unsere Forderung aus dem Jahr 2008 erneut an die Verwaltung herangetragen und umgesetzt. Mittlerweile funktioniert die Neukonzeption. Jetzt haben sowohl die Vereine und die Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit, die Halle oder die Jahnstube für ihre Veranstaltungen oder Feiern zu nutzen. Bei den bisherigen Fastnachtsveranstaltungen hat sich bewiesen, dass im Vergleich zu den Vorjahren die Bewirtung endlich funktioniert und die Besucher zufrieden sind.
- Nach zähem Ringen geht ein von der SPD-Fraktion im Jahr 2015 initiiertes Wohnungsbauprojekt in die Verwirklichungsphase.

Mit dem Bau von 24 Sozialwohnungen hoffen wir dazu beitragen zu können, dass sich die Wohnungssituation im Bereich des bezahlbaren Wohnraums in unserer Gemeinde etwas entspannt und wir als Gemeinde unseren sozialen Verpflichtungen mit einer Investition in Höhe von ca. 3,5 Millionen nachgekommen sind. Die Mittel die wir dafür aufwenden stammen hauptsächlich aus einer Kreditaufnahme von der ISB Landesbank mit günstigen Zinskonditionen.

- Dass wir in 2018 mit dem Ausbau der Theodor-Heuss-Straße, nach langen Jahren der Diskussion mit den Straßenbaulastträgern beginnen konnten, freut uns, allerdings stellt die Investition der Gemeinde mit mehr als 1,4 Millionen Euro für die beiden Jahre 2019 und 2020 auch eine erhebliche Belastung dar.

Auf jeden Fall wird die „Golfanlage“ nach Beendigung des Ausbaus auf Dauer verschwunden sein.

Außer dem Ausbau der Th.-Heuss-Straße stehen in diesem Jahr zwei weitere Maßnahmen mit der Straße „Am weißen Pfad“ und der Einrichtung einer Bushaltestelle im Gewerbegebiet „Auf dem Wörth“ an.

Da wir den Ausbau der Carl-Spitzweg-Straße aus finanziellen und realistischen (Leistungsfähigkeit der Verwaltung) Überlegungen ins 2022 verschoben haben, schafft dies der Verwaltung und unserer finanziellen Belastungen etwas Luft.

Mit unserem Antrag, die Investitionsmaßnahmen für das Straßenausbauprogramm zunächst für die Dauer von 4 Jahren auszusetzen und dem entstandenen Kompromiss haben wir die weiteren Ausbaumaßnahmen zunächst bis ins Jahr 2022 geschoben.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

meine Damen und Herrn,

Dies ist nur ein Abriss aus der gemeindepolitischen Arbeit des letzten Jahres.

Wir können mit Fug und Recht behaupten, wir haben in Zusammenarbeit viel geschafft.

Den heute zu verabschiedenden Haushalt haben wir unter der Berücksichtigung unserer gemeinsamen Vorgaben der sozialen Verantwortung, der Konsolidierung des Haushalts, des wirtschaftlichen Erfolgs und der Umweltverträglichkeit überprüft.



Dass wir im Haushalt 2019 und in den Folgejahren einen Finanzmittelfehlbetrag ausweisen, hängt mit den vom Gemeinderat beschlossenen Investitionstätigkeiten zusammen.

Aber Gemeinden müssen investieren, um ihren Aufgaben gerecht zu werden, sei es bei der Pflicht zur Verkehrssicherung oder der Leistungsfähigkeit der Verwaltung. Viele Investitionen, die im letzten Jahr dringend notwendig waren oder in den kommenden Jahren nachgeholt werden müssen, sind auch das Abtragen einer Hypothek, die der Gemeinde durch eine verfehlte Sparpolitik der letzten Jahre auferlegt wurden.

In den Planjahren 2019 und 2020 haben wir eine mal mehr oder weniger große Finanzierungslücke zwischen den Ein- und Auszahlungen.

Der Saldo aus den Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit von 8 315 847.-€

Plus der Saldo der ordentlichen Ein- und Auszahlungen von 1.339 952.-€ ergibt einen Finanzmittelfehlbetrag von 9. 655.799.-€.

Der Finanzmittelfehlbetrag im Finanzhaushalt kann durch die Aufnahme eines Investitionskredits in Höhe von 2.320 000.-€ und den noch vorhandenen liquiden Mitteln ausgeglichen werden.

Die eigentliche Problematik ist jedoch der Ergebnishaushalt, der zeigt, wir können mit unseren laufenden Einnahmen unsere feststehenden Ausgaben nicht decken und leben eigentlich von der Substanz. Die Zuführungen aus dem Finanzhaushalt aus dem Verkauf von Grundstücken und der Auflösung von Rücklagen sind endlich.

Die geschobenen Investitionen holen uns nach wie vor ein, müssen aber ausgeführt werden. Auf der anderen Seite besteht jedoch auch für uns nach wie vor die Pflicht, mit Blick auf die Haushaltskonsolidierung Ausgaben einer Wirtschaftlichkeitsprüfung zu unterziehen.

Dies gilt im besonderen Maße aus für die Personalkostenentwicklung. Wir haben seit letztem Jahr eine Steigerung der Personalkosten von **713 000.-€** auf **6.914.380.-€** dies beutet eine Steigerung um **11.5 %** und eine Zunahme der Stellen von **101,12** auf **108,11**. Plus eine Stelle Ordnungsverwaltung.

Wenn wir die Entwicklung der beiden letzten Jahre sehen bedeutet dies eine Steigerung um 24 %.

Diese Steigerung ist zum Teil der Entwicklung im KITA-Bereich geschuldet. Da wir feststellen mussten, dass im Bereich des Vollzugsdienstes ein großes Defizit besteht (nachvollziehbar im Bereich des Parkens innerhalb der Gemeinde), haben wir uns entschlossen eine zusätzliche Stelle zu fordern und zu genehmigen. Wir werden die Entwicklung gerade im Personalkostenbereich trotzdem im Auge behalten müssen, weil dieser Kostenfaktor sehr stark die Leistungsfähigkeit der Gemeinde beeinflusst.

Wir werden ab dem Jahr 2021, wenn die Entwicklungen so weiterlaufen, Liquiditätskredite benötigen, da die laufenden Einnahmen die Ausgaben nicht decken –und das hat mit Investitionen nichts zu tun. Liquiditätskredite für die Deckung von Defiziten haben andere Kommunen in prekäre Haushaltsituationen gebracht und werden die Problematik weiter verschärfen, wenn die Zinsen steigen sollten. Die SPD-Fraktion will nicht bis 2021 und auf den Eintritt der Problematik warten, sondern wir stellen uns der Situation und werden unser Augenmerk darauf richten, dass Investitionen auch Einsparungseffekte im Ergebnishaushalt mit sich bringen.



Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

meine Damen und Herren,

lassen sie mich zu den einzelnen Positionen des Haushaltes kommen.

Ein Dank geht an ihre Adresse, Herr Bürgermeister, dass unsere Anträge im Jahr 2018 zügig behandelt und auch umgesetzt wurden.

Lassen sie mich einige Positionen des Investitionshaushaltes (neben den Straßenausbaumaßnahmen, auf die ich schon Bezug genommen habe) ansprechen, die auf die Entwicklung der Gemeinde von großer Bedeutung sind.

Interessant ist für uns die Entwicklung der Gewerbesteuer, sie stellt im Gemeindehaushalt mit 2.750.000.-€ den zweitgrößten Einnahmeposten dar.

Interessant ist auch die Aufteilung der Gewerbesteuerzahler, von 642 angemeldeten Betrieben zahlten im Jahr 2017 493 oder 76,79 % keine Gewerbesteuer.

Der Anteil an der Einkommenssteuer beläuft sich zwischenzeitlich nach Schätzungen unserer Kämmerei auf 5 Mio. € und stellt somit die größte Einnahmeposition im Haushalt dar. Davon ausgehend, dass das Ergebnis aus dem Jahr 2017 schon bei 4.959.000.-€ lag, dürfte sich dieses geschätzte Ergebnis noch erhöhen.

Die Kreisumlage belastet uns trotz keiner Veränderung der Hebesätze aufgrund der erhöhten Steuereinnahmen mit 4.641.479.-€ und einer Steigerung von 330 000.-€.

Die Gemeinde Bobenheim-Roxheim wächst weiter und dieser durchaus positive Effekt schafft andererseits Anforderungen an eine moderne Gemeindepolitik, die aus den verschiedenen Lebenssituationen der Menschen resultieren.

Familien in Bobenheim-Roxheim brauchen bezahlbaren Wohnraum. Die SPD in Bobenheim-Roxheim hat mit dem Neubau im sozialen Wohnungsbau einen Schritt in diese Richtung eingeleitet. Wir wollen damit aber nicht stehen bleiben. Es werden weitere Wohnungen benötigt, die wir sowohl im Eigentum der Bürgerinnen und Bürger als auch im Mietwohnungsbau schaffen wollen. Hierzu werden wir uns für die Ausweisung von Baugelände einsetzen. Mit dem Sozialen Wohnungsbau der in diesem Jahr in die Umsetzungsphase geht, stellt sich damit auch der größte Brocken im Haushalt mit 3,5 Mio € dar.

Wir meinen, dass dies ein erster zukunftsweisender Schritt für unsere Gemeinde ist. Mit unserem Antrag, die Einrichtung einer Tagespflege zu schaffen, der im Haushalt noch nicht berücksichtigt ist, wollen wir die Lebenssituation unserer älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger sowie deren pflegenden Angehörigen verbessern.

Ich darf aus dem Antrag zitieren: „Wir fordern die Verwaltung auf, mit den in Frage kommenden freien und gemeinnützigen Trägern Kontakt aufzunehmen, um die Einrichtung einer Tagespflege in Bobenheim-Roxheim zu erreichen.“

Mit der Einrichtung der Bushaltestelle für das Industriegebiet „Auf dem Wörth“ schaffen wir, nachdem alle Firmen angesiedelt sind, für die Beschäftigten die Möglichkeit mit dem ÖPNV ihren Arbeitsplatz zu erreichen.



- Die Inklusion liegt uns am Herzen, nachdem sich in Bobenheim-Roxheim eine Arbeitsgruppe zu dem Thema „Inklusion“ gebildet hat, haben wir einen Antrag zur Bereitstellung von 5000.-€ mit einem eigenen Budget im Haushalt gestellt. Wir sind der Auffassung, dass die Mittel für öffentliche Veranstaltungen, Informations-material, Aktionen usw. benötigt werden.
- Mit unserem Antrag, die Mittel für die Bücherei nicht zu kürzen, wollen wir erreichen, dass der Medienbestand besonders im Sachbuchbereich aktuell gehalten wird.
- Seit einigen Jahren beschäftigt sich ein Arbeitskreis des Gemeinderates, der auch in dieser Legislaturperiode aktiv ist, mit der touristischen Entwicklung der Gemeinde. Erste Vorschläge des Arbeitskreises wurden mit der Installation der Bewegungsgeräte bei der Minigolfanlage und der Liegebänke in der Anlage unter dem Kriegerdenkmal umgesetzt. Lange haben wir uns mit der Möglichkeit, Tretboote auf dem Altrhein einzusetzen, auseinander gesetzt. In Gutachten, für nicht unerheblichen finanziellen Aufwand, haben wir auf Verlangen der Aufsichtsbehörden die Machbarkeit prüfen lassen. Trotz positiver Aussage wurde uns unverständlicher Weise leider die Möglichkeit abgelehnt.

Mit dieser Ablehnung hat sich auch der Bau einer Steganlage für den Tretbootverleih erledigt.

- Dass unsere Gemeindefeste, wenn wir sie weiter beibehalten wollen, nicht zum Nulltarif zu haben sind, ist uns allen klar. Obwohl dies freiwillige Leistungen sind, tragen wir die Bereitstellung der geplanten Mittel mit. Mit der Zusammenlegung der Kerwen und dem neuen Konzept haben wir ein neues Highlight im Bereich unserer Gemeindefeste gesetzt.
- Der Brand- und Katastrophenschutz hat in der Kommunalverantwortung absolute Priorität. Wir sind uns unserer Verantwortung für die Bevölkerung bewusst, aus diesem Grund stehen wir auch hinter der Feuerwehrleitung und zu den Ausgaben.

Wie wichtig die Anschaffung einer neuen Drehleiter ist, wurde uns bei einer Demonstration vor Augen geführt. Nachdem Beschluss zur Anschaffung stellen wir jetzt im Haushaltsplan die erforderlichen Mittel in Höhe von 630 000.-€ bereit, wobei wir erst mit dem Landeszuschuss in Höhe von 227 000.-€ im Jahr 2022 rechnen können.

Die Einrichtung der Jugendwehr zeigt, dass wir mit der Feuerwehrleitung auf dem richtigen Weg sind, Nachwuchs für die Wehr zu rekrutieren.

Herr Bürgermeister

meine Damen und Herrn,

lassen sie mich zum Schluss meiner Rede der Verwaltung für ihren Einsatz im zurückliegenden Jahr zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger danken.

Zu bedauern ist für uns, dass mit dem krankheitsbedingten Ausscheiden unseres Beigeordneten Stefan Butsch in der Verwaltung sehr großer Sachverstand verloren gegangen ist.

Wir danken der Feuerwehr für ihre Präsenz und Einsatzfreude zum Schutz unserer Bürgerinnen und Bürger, und allen ehrenamtlich Tätigen, denn nur durch ihren Einsatz können wir eine lebens- und lebenswerte Gemeinde gestalten.